

Müssen wir anders planen?

Statement auf dem Schlusspodium der Abschlusskonferenz des MORO (Modellvorhaben der Raumordnung) „Krisenfeste Raum- und Infrastrukturen durch zentralörtliche Konzepte“ am 14.März 2024 beim BBSR in Berlin

Müssen wir anders planen? Ja, vor dem Hintergrund der multiplen Krisensituation müssen wir neue Schwerpunkte setzen und neue Fragen stellen. Im Mittelpunkt steht die Resilienz der Regionen. Dazu muss die Regionalplanung in ihrer Vorsorgefunktion ihren Beitrag leisten. Hierfür müssen wir aber erst einmal Bewusstsein schaffen, vor allem muss die Regionalplanung hierfür durch einen klaren rechtlichen Auftrag gestärkt werden.

Für den Auftrag, Vorsorge für mehr Resilienz der Regionen zu schaffen, gibt es eine sehr klare Begründungslage, die sich aus den Kernkompetenzen der Regionalplanung ergeben:

- ihr räumliche Blick,
- ihr überfachlicher und integrativer Ansatz,
- die langfristige Vorsorge und
- die rechtliche Verbindlichkeit ihrer Festlegungen.

Im Mittelpunkt der heutigen Veranstaltung stehen die zentralen Orte. Gerade die Mittel- und Grundzentren, also die kleinen und mittleren Städte, sind die Leistungsträger in der Fläche. Weil der Name „zentrale Orte“ häufig falsche Assoziationen erzeugt, hier die klare Aussage: Zentrale Orte sind die Garanten für eine dezentrale Versorgung mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge, sie sichern eine polyzentrische Siedlungsstruktur! Das ist gerade für Krisensituationen wichtig, in denen die Versorgungseinrichtungen möglichst wohnortnah sein müssen, weil große Zentren nicht immer erreichbar sind.

Für die weitere Ausarbeitung der raumordnerischen Empfehlungen für krisenfeste Raum- und Infrastrukturen abschließend von meiner Seite noch einige Hinweis und Fragen.

Bezüglich der kritischen Infrastrukturen sehe ich keine Notwendigkeit, diese flächendeckend in den Regionalplänen darzustellen. Erstens dürfte es sich in vielen Fällen um Darstellungen ohne eine neue rechtliche Qualität handeln. Zweitens müssen wir in Zeiten, in denen wir auch terroristische und militärische Bedrohungen verstärkt mitdenken müssen, auch die Frage stellen, wie viel Transparenz wir uns über Standorte kritischer Infrastrukturen leisten wollen. Nicht ohne Grund wurden unmittelbar nach dem Beginn des Ukraine-Krieges die im Internet abrufbaren Videoaufnahmen vom Verkehrsfluss auf den Bundesfernstraßen abgeschaltet. Hier ist – leider – auch in der Raumordnung ein neues Nachdenken erforderlich. Für sinnvoll und notwendig halte

ich es jedoch, den Handlungsbedarf zur Stärkung der Resilienz, z. B. auch den Bedarf an redundanten Strukturen, in den Plänen als Grundsätze oder Ziele der Raumordnung festzulegen.

Im Kontext der multiplen Krisensituation müssen wir auch einige planerische Prinzipien in Frage stellen. In den letzten Jahrzehnten habe auch ich mich für die Bündelung von Infrastrukturtrassen, also von Bahnstrecken, Straßen und Energieleitungen, eingesetzt, um die Eingriffe in Natur und Landschaft zu reduzieren. Hier ist eine gründliche fachliche und politische Diskussion erforderlich, ob wir uns von diesem Prinzip ganz oder teilweise verabschieden müssen, um die Vulnerabilität unserer Infrastruktur zu reduzieren.

Im Übrigen bedanke ich mich für die anregende Konferenz, die mir viele neue Erkenntnisse gebracht hat.